

Antrag an die Mitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Leipzig

Antragsteller: Philipp Hinrichsmeyer

Keine Zustimmung zu diesem schwarz-gelben Koalitions-Kompromiss

Antragstext:

- 1 Seit unserem Bestehen kämpfen wir als Bündnis 90/Die Grünen zusammen mit der Umwelt- und
- 2 der Anti-Atom-Bewegung für den Atomausstieg.
- 3 Und seit Jahrzehnten halten die Atom-IdeologInnen von Union und FDP dagegen und hetzen gegen
- 4 den Ausstieg aus der Atomkraft. Platte Sprüche wie „Atomkraftgegner überwintern - im Dunkeln
- 5 und mit kaltem Hintern“ - das war jahrelang der konstruktive Beitrag von Schwarz-Gelb zu einer
- 6 sicheren, nachhaltigen Energiepolitik. Noch im letzten Herbst erwiesen sich FDP und Union mit der
- 7 Laufzeitverlängerung wieder einmal als HandlangerInnen der Atomlobby.
- 8 Jetzt - drei Monate nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima - hat sich die Regierung um 180
- 9 Grad gedreht, die Laufzeitverlängerungen zurückgenommen und fast 700 Seiten Gesetzesentwürfe
- 10 und Dokumente vorgelegt, die den Ausstieg aus der Atomkraft bis 2022 vorsehen. Dass die
- 11 Regierung sich so verbiegen muss, ist in erster Linie auch ein Erfolg des gemeinsamen Kampfes der
- 12 Bewegung, zusammen mit uns Grünen. Es ist ein Erfolg all der Menschen, die sich zu
- 13 hunderttausenden an Menschenketten, Mahnwachen und Demonstrationen beteiligt haben und auf
- 14 Straßen und Schienen den Castor blockierten.
- 15 Die schwarz-gelbe Regierung spricht nun von einem Konsens. Doch was sie bisher in Gesetzesform
- 16 präsentiert hat ist kein Konsens – weder im Inhalt noch in der Form. Ein gesellschaftlicher Konsens,
- 17 das hätte zuerst einmal bedeuten müssen, sich mit allen beteiligten Gruppen an einen Tisch zu
- 18 setzen. Stattdessen hat die Regierung die Entscheidungsfindung in eine intransparente, zu einseitig
- 19 besetzte Ethikkommission und in nächtliche Koalitionsrunden verlagert. Verhandlungen mit den
- 20 Umweltverbänden oder der Opposition fanden nicht statt. Und das spiegelt sich auch in den
- 21 inhaltlichen Ergebnissen wieder. Was das Enddatum des Ausstiegs und die Verbindlichkeit dieses
- 22 Datum angeht, entsprechen die Beschlüsse der Regierung weitestgehend dem rot-grünen
- 23 Ausstiegsbeschluss. Aber sie fallen weit hinter das zurück, was möglich und was – spätestens nach
- 24 Fukushima – dringend geboten wäre. Das Enddatum liegt zu spät – und verzögert so die
- 25 Energiewende um weitere wertvolle Jahre und setzt uns viel zu lange weiter den Risiken der
- 26 Atomkraft aus. Zudem enthalten die schwarz-gelben Vorschläge rein gar nichts zur Verbesserung
- 27 der Sicherheitsstandards bei Atomkraftwerken. Und die Regierung betreibt weiter den illegalen
- 28 Schwarzbau in Gorleben – trotz aller Erkenntnisse, dass dieser Standort als Endlager nicht taugt. So
- 29 verkommt die ergebnisoffene Endlagersuche zur Farce.
- 30 Außerdem hintertreibt Schwarz-Gelb die Energiewende und den Klimaschutz, indem sie bei weitem
- 31 nicht genug für den Ausbau der Erneuerbaren, dafür aber umso mehr für Kohle tun. Gerade beim
- 32 Einstieg in eine zukunftsfeste Energieversorgung bräuchte es einen überparteilichen Konsens, der
- 33 Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz fördert und
- 34 Planungssicherheit gewährleistet. Daran ist die Regierung jedoch bislang hoffnungslos gescheitert.
- 35 Statt die Ausbauziele der Erneuerbaren Energien ambitioniert anzugehen, erlebt die Kohlekraft
- 36 durch die Regierung eine kleine Renaissance.
- 37 Nicht zuletzt wegen dieser inhaltlichen Bilanz des schwarz-gelben Energiepaketes haben
- 38 Umweltverbände und Bewegung uns zurückgespiegelt, dass sie bei einem Atomausstieg bis 2022
- 39 keinesfalls mitgehen können. Für uns ist klar: Auch wenn die Regierung Merkel sich grün anmalt,
- 40 dass was sie vorlegt, ist noch lange nicht genug, um das „grüne Gütesiegel“ erhalten zu können.
- 41 Dem bisher vorliegenden Ausstiegsbeschluss sollten wir Grüne keine Zustimmung erteilen. Für uns
- 42 ist eine Grüne Zustimmung zum Gesetzespaket Atomausstieg deshalb nur denkbar, wenn die

43 Bundesregierung zu Verhandlungen bereit ist und den Grünen Forderungen substantiell entgegen
44 kommt:

- 45 • Das Enddatum des Atomausstiegs darf nicht 2022 sein. Mit ihrem Beschluss liegt die
46 Bundesregierung sogar über dem, was die Ethikkommission ihr vorgeschlagen hatte. Erst im
47 März haben die Grünen beschlossen, dass sie bis 2017 aus der Atomkraft aussteigen wollen,
48 weil das technisch und rechtlich machbar und politisch geboten ist. Auch die
49 Bundestagsfraktion hat das grüne Ausstiegsszenario in den vergangenen Monaten immer
50 wieder bekräftigt. Diesem Datum muss die Bundesregierung entgegen kommen.
- 51 • Eine wichtige Lehre aus Fukushima hätte die Verschärfung der Sicherheitsauflagen für
52 Atomkraftwerke sein müssen. Doch Schwarz-Gelb tut nichts. Wir fordern deshalb, dass das
53 kerntechnische Regelwerk, das seit Jahren fertig in den Schubladen des
54 Umweltministeriums liegt, sofort eingesetzt wird. Außerdem muss der Paragraph 7d des
55 Atomgesetzes, mit dem von Schwarz-Gelb eine freiwillige Schadensvorsorge eingeführt
56 wurde, die von der Atomaufsicht nicht angeordnet werden kann, und der von den Grünen
57 beklagt wird, sofort zurückgenommen werden.
- 58 • Der Schwarzbau Gorlebens als Endlager muss unverzüglich gestoppt werden, denn der
59 Standort ist geologisch und politisch ungeeignet. Wir brauchen eine ergebnisoffene
60 Endlagersuche ohne Gorleben.
- 61 • Kein Ersatz von Atom- durch Kohlestrom. Wir müssen dezentrale erneuerbare Energie
62 massiv ausbauen, statt an verkrusteten Strukturen festzuhalten und den Klimaschutz gegen
63 den Atomausstieg auszuspielen. 35 Prozent erneuerbare Energien bis 2020 sind eindeutig zu
64 wenig und entsprechen noch den Prognosen zur Zeit der Laufzeitverlängerung.

65 Nur wenn diese Bedingungen erfüllt sind, ist ein Grünes Ja zu den Atomgesetzen möglich. Denn
66 warum sollten wir einem Ausstieg zustimmen, der weder weitgehend genug ist, noch unseren Zielen
67 entspricht und noch nicht einmal mit uns verhandelt wurde?

68 Wir fordern Bündnis 90/Die Grünen auf, anhand dieser Eckpunkte erneut zu versuchen,
69 Verhandlungen mit der Bundesregierung zu führen. Und wir fordern die Bundesregierung auf,
70 endlich solche Verhandlungen aufzunehmen und einen echten gesellschaftlichen Konsens in der
71 Frage der Nutzung der Atomkraft anzustreben.

72 Aber wenn sich Schwarz-Gelb wie bisher einem solchen Konsens verweigert, dann werden wir der
73 Schwarz-Gelben Politik kein „Grünes Gütesiegel“ verleihen. Wir werden unseren Kampf gegen die
74 Atomkraft auf der Straße, auf den Schienen, mit Blockaden und Demonstrationen fortsetzen.

75

76 Bündnis 90/Die Grünen Leipzig unterstützen den Änderungsantrag des Bundesvorstands der
77 Grünen Jugend zum Leitantrag „Energiewende in Deutschland – GRÜN geht voran“, der wie folgt
78 lautet:

79

80 A-01-136-2

81

82 Zeile 136 bis 149 streichen und ersetzen durch:

83 „Wir Grüne wollen schneller aus der Risikotechnologie Atomkraft aussteigen. Wir wollen eine
84 Energiewende, die nicht durch einen vorgeschobenen Konsens erreicht wird. Ein tatsächlicher
85 Konsens könnte nur zustandekommen, wenn gesellschaftlich relevante Gruppen, wie die
86 Umweltverbände und die Anti-AKW-Bewegung, einbezogen wären. Das ist nie passiert, genauso
87 wenig, wie mit uns Grünen in relevanten Punkten Verhandlungen geführt worden sind. Die
88 Bundesregierung muss sich unserer Position viel weiter annähern. Wir halten die AtG-Novelle in
89 ihrer derzeitigen Form für inakzeptabel und nicht zustimmungsfähig. Deswegen werden wir der
90 AtG-Novelle im Bundestag nur zustimmen, sollte sich die Bundesregierung in den für uns

91 wesentlichen Punkten weit auf uns zu bewegen:

- 92 Die Konsequenz aus Fukushima muss die Verschärfung der Sicherheitsauflagen für
93 Atomkraftwerke sein. Doch Schwarz-Gelb bewegt sich hier nicht. Wir fordern deshalb die
94 Einsetzung des kerntechnischen Regelwerts, das seit Jahren fertig in den Schubladen des
95 Umweltministeriums liegt. Im Paragraph 7d des Atomgesetzes wurde von schwarz-gelb eine
96 freiwillige Schadensvorsorge eingeführt. Als Grüne klagen wir gegen diesen Paragraph, der
97 umgehend zurückgenommen werden muss.
- 98 Das Atomausstiegsdatum im Jahr 2022 liegt in Anbetracht der technischen Möglichkeiten
99 eines schnelleren Atomausstiegs zu weit weg. Erst im März haben wir Grünen im Länderrat
100 beschlossen, dass wir bis 2017 aus der Atomkraft aussteigen wollen, weil das technisch und
101 rechtlich machbar und politisch geboten ist. Auch die Ethikkommission hat ein schnelleren
102 Ausstieg als den der Bundesregierung vorgeschlagen, womit das Enddatum des
103 Atomausstiegs unter keinen Umständen erst 2022 sein darf.
- 104 Der Schwarzbau Gorleben als Endlager muss unverzüglich gestoppt werden, denn der
105 Standort ist geologisch und politisch ungeeignet. Wir brauchen eine ergebnisoffene
106 Endlagersuche ohne Gorleben.

107 Nur wenn uns die Bundesregierung in diesen Punkten entscheidend entgegenkommt, werden wir
108 den Gesetzesinitiativen das „grüne Gütesiegel“ erteilen und zustimmen können.“

109 *Danach weiter wie folgt „Und wenn Union und FDP glauben....“*